

KOMMENTAR

Energiemärkte in Bewegung

VON DETLEF FECHTNER

Blöde Frage vorneweg: Von wem möchten Sie sich künftig lieber die Strompreise diktieren lassen? Von einem Konzern, der sich mit wenigen anderen den deutschen Markt aufteilt? Oder von einem Stromriesen, der auf Europas Markt dominiert? Wohl, wahrscheinlich weder noch.

Auf Europas Energiemärkten ist gerade mächtig was los. Ein deutscher Konzern will einen spanischen kaufen. Und ein italienischer einen französischen. Die Regierungen in Madrid und Paris suchen das zu verhindern, was wiederum die Minister in Rom erzürnt, die deshalb ihrerseits französischen Firmen in Italien das Leben schwerer zu machen drohen. Natürlich löst so was heftige Diskussionen aus. Und in diesen Diskussionen fangen viele Sätze mit den Worten an: Es kann doch nicht sein, dass.

Es kann doch nicht sein, dass Regierungen mitbestimmen wollen, welcher Konzern wo das Sagen hat. Es kann doch nicht sein, dass Unternehmen daran gehindert werden, zu wahrhaft europäischen Konzernen aufzusteigen, zu "european champions". Dass die EU-Kommission duldet, was sich nationale Regierungen einfallen lassen. Und dass Märkte nicht frei entscheiden dürfen - wer auch immer diese "Märkte" sein mögen. Im Moment hört man in Brüssel jede Menge dieser Sätze. Und jede Menge Alarmmeldungen. Europa, so warnt man vielerorts, sei schnurstracks auf dem Weg in den Protektionismus. Von Renationalisierung ist die Rede, von der Krise der europäischen Idee, sogar vom Rückfall in die Epoche von Zar und Kaiser.

Gemach. Das Bild, das da entworfen wird, ist unvollständig, verzerrt, trügerisch. Erstens hält sich die EU-Kommission nicht raus. Sie ist lediglich zurückhaltend, was große Worte und Gesten angeht. Selbstverständlich muss Brüssel prüfen, ob alles das, was nationale Regierungen aushecken, Regeln bricht, Wettbewerber benachteiligt oder Verbrauchern schadet. Und Brüssel muss, falls es zum Schluss kommt, dass Wettbewerber verdrängt oder Kunden geschöpft werden, Spaniern, Franzosen oder Italienern ihr Treiben verbieten. Die Kommission hat ebendies angekündigt.

Zweitens taugt das Gerede vom angeblich unaufhaltsamen Rückfall in den Protektionismus vielleicht fürs Tischgespräch im Gasthaus zur reinen Lehre. Aber: Mehr denn je treiben Europas Unternehmen Geschäfte über Grenzen hinweg, organisieren sie ihre Lieferketten und Vertriebswege immer weitläufiger. Wenn in Reaktion auf diese Internationalisierung Staaten um Jobs, Steuern und Standorte bangen, so widerspricht das nicht der These vom zusammenwachsenden Binnenmarkt, sondern ist - ganz im Gegenteil - gerade ein Beleg dafür.

Dabei ist, drittens, aber Vorsicht geboten, wenn Fusionen und Übernahmen zum Maß der Dinge gemacht werden. Längst nicht jede Firma, die sich im Ausland eine andere Firma kauft, verdient sich das Prädikat "europäisches Gemeinschaftsunternehmen". Wenn in europaweiten Unternehmungen Technologien und Talente gebündelt werden, um Forschung und Entwicklung in größerem Maßstab zu betreiben, besteht Aussicht, die Wettbewerbsfähigkeit dieses Wirtschaftsraums und den Wohlstand seiner Bürger zu stärken. Wenn jedoch ein Konzern wie Eon oder Enel mit Milliardenprofiten auf Shoppingtour geht, folgt er anderen Motiven. Vielleicht geht es darum, sich eine Auslandsfirma einzuverleiben, um deren monopolartige Stellung in bestimmten Regionen zu nutzen. Vielleicht geht es darum, die eigenen Barbestände abzubauen, damit kein Hedgefonds angelockt wird. Vielleicht geht es auch nur um den Ratschlag von Investmentbankern, ein großer Coup könne den Aktienkurs kurzfristig treiben.

Mit mehr Wettbewerb in Europa oder mehr Wettbewerbsfähigkeit Europas hat das alles nichts zu tun. Die Verbraucher sind daran interessiert, dass nationale Märkte enger miteinander verbunden werden, um Konkurrenz zu ermöglichen. Aber nicht durch Übernahmen, sondern durch Netz- und Regelwerke. Eon, Enel und Endesa sollen sich gegenseitig Konkurrenz machen, nicht sich zu einer EonEndesa zusammenschließen. Denn sonst droht, dass sich am Ende die Energiekartelle nur von nationaler auf EU-Ebene verschieben. Und das wäre die dümmste Antwort auf die Frage, wer Europas Stromkunden künftig die Preise diktiert.

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/die_seite_3/?cnt=817839

Frankfurter Rundschau